

# Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 42 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich  
Bezugpreis  
pro Vierteljahr 30 Pf.

Schäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10 b  
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung  
bei allen Postämtern.  
Wittlicher Postkonto

Berlin, 21. Oktober 1927

## Die Unternehmer rüsten!

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zurzeit in einem Stadium besonderer Hochspannung. Nach allen Anzeichen ist bei guter Beschäftigung ein gewisser Höhepunkt erreicht. Die Arbeitgeberorganisationen bemühen sich, für die Arbeitnehmer angesichts der weiter fortschreitenden Teuerung und der unzureichenden Löhne einen gerechten Anteil an dem Ertrage dieses Aufschwunges zu erzielen. Diese Bestrebungen rufen in Arbeitgeberkreisen den größten Widerstand hervor. Die Unternehmerverbände lassen es dabei nicht bewenden, sondern treffen alle Vorbereitungen, um dem Angriff überzugehen. In einem Rundschreiben der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wird zur Bildung von

den zur Bildung von Kampffonds gezahlt werden, die zu Lohnerhöhungen von mehreren Prozenten dienen könnten. Ein solches Vorgehen sieht in besonders kräftigem Widerspruch zu den täglich lauter werdenden Befürchtungen der Unternehmer, daß die deutsche Wirtschaft in der Kurve der Arbeitszeit- und Lohnforderungen zu entgleisen droht. Wenn ... Millionenerträge der produzierten Wirtschaft dadurch entzogen werden, daß sie, statt über Lohnerhöhungen zur Hebung der Kaufkraft Verwendung zu finden, unproduktiven und wirtschaftsschädigenden Kampffonds zugeführt werden, so erscheint ein solches Vorgehen mindestens unverständlich.

Nach den letzten Berichten des Instituts für Konjunkturforschung sind in der deutschen Wirtschaft so viele Spannungen vorhanden, daß eine Verringerung in irgendeiner, noch nicht klar erkennbaren Richtung bald eintreten muß. Die Arbeitgeberverbände sehen das Heilmittel in der Niederhaltung der Arbeitnehmer. Das Streben nach reibloser Durchführung des Achtstundentages nennen sie unsinnige Mechanisierung der Arbeitszeit. Sie laufen Sturm gegen bessere Löhne, die ganze Sozialpolitik ist ihnen ein Brennpunkt.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen an solchen Vorgängen erkennen, was geplant ist. Zum Wohlstand der Wirtschaft kann dieser Weg nicht führen. Es ist ein Verstummen zu erwarten, das nur die Herabsetzung der Produktion, die durch Verminderung des in jeder Ware steckenden Arbeitsaufwandes erfolgt, einen wirklichen volkswirtschaftlichen Vorteil darstellt. Unzureichende Löhne bedeuten eine durch nichts zu rechtfertigende Belastung der Arbeitnehmer und müssen zu sozialen Kämpfen führen. Darum ist ein dauernder Konjunkturaufschwung gar nicht denkbar, wenn nicht durch Lohnerhöhungen Abnahmlichkeiten, auch für Mittel des Massenkonsums, geschaffen werden.

Je stärker sich die Rationalisierung durchsetzt und die Produktion steigt, desto unerträglicher ist auch die Kaufkraft der breiten Massen.

Die Arbeitnehmer müssen sich darüber klar sein, daß eine Besserung ihrer Lage nur dann herbeigeführt werden kann, wenn sie sich reiflos ihrer Organisation anschließen. Die Gewerkschaften können den Machgeheiß von Schwarzmachergewerkschaften der Arbeitgeber nur dann erfolgreich entgegenreten, wenn sie sich auf den einmütigen und entschlossenen Willen ihrer Mitglieder stützen können. Der Kapitalismus kennt keine Rücksicht auf den lebendigen Menschen. Für ihn ist die Arbeitskraft wie jede andere Ware auch. Ebenso, wie der Unternehmer gezwungen wird, hohe Preise für seine Rohware anzulegen dadurch, daß entweder eine Knappheit auf dem Markt entsteht oder daß die Rohwarenbekäufer sich einigen, nur zu bestimmten Preisen zu verkaufen, ebenso kann der Unternehmer gezwungen werden, höhere Löhne zu zahlen und sonstige Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen zu gewähren, wenn der Verkäufer der Ware Arbeitskraft, die Arbeiter, einmütig und geschlossen zusammenstehen.

### Kollegen und Kolleginnen!

Viele unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind noch nicht in unserem Verband organisiert. Habi ihr schon daran gedacht, welche Gefahr für euch darin liegt? Wir leben im Zeitalter der großen Arbeitskämpfe, darum bedenklich: wenn heute oder morgen ein Streik unvermeidlich ist, oder wenn von der Arbeitgeberseite ausgespart wird, und ihr könnt euch dann nicht auf eure Arbeitsbrüder und -Schwestern im Betrieb verlassen!

Darum gilt es, zu arbeiten und aufzuklären, bis der letzte Berufscollega, die letzte Kollegin und auch die zukünftigen Mitkämpfer, die heranwachsende Jugend, für den Verband gewonnen sind. Jeder Inoffiziente bedeutet eine Gefahr in kommenden Kämpfen. Ist er gegen uns, so kann er uns jederzeit in den Rücken fallen, ist er für uns gewonnen, so hilft er die Zahl der zielbewußten Streiter für ein besseres Dasein, trägt bei zur Stärkung unserer Kampfmittel.

Darum ans Werk zur Stärkung des Rückenweges gegen alle Vernichtungsgedanken der Reaktion!

## Genf und die Wirklichkeit.

(GB.) Nach Schluß der Weltwirtschaftskonferenz ist es von der Arbeiterschaft allgemein bedauert worden, daß eine ihrer Hauptforderungen nicht berücksichtigt wurde: die Schaffung eines aus Vertretern aller interessierten Kreise zusammengesetzten internationalen Wirtschaftsamts. Diese Forderung, deren Erfüllung die einzige Garantie für die Fortsetzung der von der Weltwirtschaftskonferenz eingeleiteten Arbeit ist, wurde deshalb von den Vertretern der Arbeiterschaft immer wieder in den Vordergrund geschoben, so auch in der soeben abgeschlossenen Wölterbundsversammlung, auf der sich Jouhaux für einen ziemlich weitgehenden Plan einsetzte, der tatsächlich auf eine Erweiterung des bereits bestehenden, aus Regierungsvertretern zusammengesetzten Wirtschaftsausschusses des Wölterbundes durch Herbeiziehung von Vertretern aller Zweige des Wirtschaftslebens hinausläuft. Der Vorschlag der Einbeziehung von Arbeitervertretern in diese Wölterbundsinstanz stieß jedoch auf den bestigsten Widerspruch aller reaktionären Kräfte, die betanntlich im Wölterbund stark vertreten sind. Als Kompromißlösung gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, derzufolge das genannte Komitee in seiner jetzigen Zusammenstellung bestehen bleiben und daneben ein beratendes Komitee ernannt werden soll, das die Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz zu verfolgen hat. Dieses Komitee wird etwa 35 Mitglieder umfassen, womit das seinerzeit in vorbereitenden Komitee der Weltwirtschaftskonferenz „verwirklichte Gleichgewicht“ erreicht werden soll. Da das „Gleichgewicht“ schon in der genannten Kommission sehr fragwürdig war, bedeutet dies, daß die Arbeiterschaft auch in dieser beratenden Kommission ziemlich schwach, d. h. durch nur drei vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts zu bezeichnende Mitglieder vertreten sein wird. Unrechtlich ist hingegen, daß das Komitee seine Anregungen direkt dem Wölterbundsrat unterbreiten kann und die Möglichkeit hat, auch mit Staaten zusammenzuarbeiten, die noch außerhalb des Wölterbundes stehen, wohl aber an den Arrüstungsarbeiten und der Weltwirtschaftskonferenz teilgenommen haben.

Trotzdem das Resultat eine Kompromißlösung ist und als solche den Wünschen und Forderungen der Arbeiter bei weitem nicht gerecht wird, hat es viel Nähe gefostet, auch nur diese Clappe zu erreichen. Besonders England und Italien haben alles getan, um Schwierigkeiten in den Weg zu legen, und wenn nicht die französischen Delegierten und besonders die Vertreter der französischen Regierung mit anerkanntem Wert Energie aufgebracht wären, so würde vielleicht sogar das beratende Komitee nicht zustande gekommen sein. Dies zeigt, daß die Aussichten nicht die besten sind. Wenn mit Genugtuung gemeldet wird, daß auch in der jetzigen Sitzung in Genf die Vertreter von rund 20 Ländern „die volle Zustimmung zu den Entschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz ausgesprochen haben“, so darf man nicht vergessen, daß es nicht auf die Zustimmung, sondern auf die Taten ankommt. Was wurde z. B. auf der Weltwirtschaftskonferenz den Regelungen dringend anempfiehlt, „sofortige Maßnahmen“ zur Herabsetzung der Zollschranken zu treffen. In Wirklichkeit hat jedoch die schutzpolizeiliche Politik seit der Weltwirtschaftskonferenz auf der ganzen Linie gewaltige Fortschritte gemacht. Polen hat Maximalzölle eingeführt, die in vier Monaten für Länder in Kraft treten sollen, mit denen kein Handelsvertrag zustande kommt. Spanien ist entschlossen, die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz zu ignorieren, Norwegen hat seine Zölle zum Teil stark erhöht, dergleichen Italien, das protektionistischer ist als je. In Österreich legen sich die Arbeiterabgeordneten im Zollauschuss des Parlaments seit 30 Tagen in unerhörten Debatten, die bis jetzt insgesamt 150 Stunden in Anspruch genommen haben, vergeblich für eine vernünftige Zollpolitik ein. Auch in Deutschland, Frankreich und England geht das Schutzpolizeispiel ein. Deutschland und Frankreich sind wohl zu Abmachungen gekommen, die sich sehen lassen dürfen, hingegen beklagt sich Belgien, daß Frankreich, von dem es per Jahr für 1 1/2 Milliarden Franken mehr kauft als Frankreich von ihm bezieht, eine äußerst protektionistische Politik treibt. Frankreich beklagt sich über harte Maßnahmen Amerikas, das auch die Erhöhung der Zölle auf deutschen Stahl und Kalk in Erwägung zieht. Bevor die nationale Regierung in Rankung auch nur recht ihres Lebens sicher ist, führt sie in einzelnen Provinzen hohe Zölle ein. Australien hat neue Einfuhrzölle erlassen und Rußland stellt Zollkorde auf, die sogar Amerika schlagen.

Den Schönen Neben in Genf und den „Empfehlungen“ der Weltwirtschaftskonferenz stehen solche Tatsachen gegenüber. Nun wäre es allerdings falsch, wenn man ausschließlich die internationalen Instanzen für diesen Laibsalb verantwortlich machen wollte. Was auf sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Gebiet gilt und mit Recht immer wieder gesagt wird, trifft auch für Wirtschaftskragen zu: Internationale Resultate können nur ein Überdall nationaler

### Gefahrgemeinschaften

ausgerufen, deren Zweck es sein soll, Geldmittel zu sammeln, um gegen Angriffe der Gewerkschaften gerüstet zu sein. Es wird in dem Rundschreiben gesagt, daß über kurz oder lang ein großer Kampf zwischen der Arbeitgebererschaft und der Arbeiterschaft über gewisse Prinzipien bzw. Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft entbrennen werde. Für die Kenner der Verhältnisse unterliegt es heute keinem Zweifel mehr, daß an diesem Kampf nicht vorbeizukommen ist. Die zurzeit im Gange befindlichen Streiks und Ausweisungen setzen zum Teil von grundsätzlicher Bedeutung, die die wirtschaftlichen allgemeinen politischen Beweggründe eine ausfallende Rolle spielen. Das Rundschreiben wendet sich dann sehr scharf gegen den Reichsarbeitsminister Brauns, der den Betreibungen der Wirtschaft über die Untragbarkeit von Schiedssprüchen zu wenig Glauben schenke. Der Vorstand der nordwestlichen Gruppe habe in klarer Erkenntnis dieses Gedankens beschlossen, dem Reichsarbeitsminister bei der ersten Gelegenheit endlich einmal die Stirn zu bieten und einen möglicherweise daraus entstehenden Kampf reiflos und mit allen Mitteln durchzuführen. Aber voraussetzt noch werde also zu einem Kampfe Ende dieses bzw. Anfang kommenden Jahres anlässlich der Verteilung der Arbeitszeit für die Schwerindustrie kommen. Daher habe die nordwestliche Gruppe beschlossen, ab Monat August von jedem Werk zur Gründung einer Streikliste monatlich einen Beitrag von 5 M. pro Arbeitnehmer zu erheben. Die großen Werke, namentlich die Hüttenwerke, hätten von vornherein erklärt, daß sie auf eine Unterfertigung aus diesem Zweck im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung verzichten, so daß der Gesamtbeitrag der mittleren und kleineren Industrie zugute kommen würde. Aus dem Rundschreiben geht weiter hervor, daß die nordwestliche Gruppe ein gleiches Vorgehen den Nachbarverbänden dringend ans Herz gelegt habe. Grundätzlich hatten alle Verbände der Untergang zugestimmt. Die Beforgnis, daß der für die Streikliste vorgeschlagene Beitrag von 5 M. pro Arbeitnehmer zu hoch sei, habe in der betreffenden Sitzung Herr Dr. Pönggen mit der Begründung widerlegt, daß diese Ausgabe nur einer 2-3prozentigen Lohnerhöhung gleichkomme.

Die großen Werke können also nicht nur ohne weiteres zur Niederhaltung der Arbeiter Summen aufbringen, die einer 2-3prozentigen Lohnerhöhung gleichkommen, sie können auch im Fall eines Streiks oder einer Aussperrung auf Unterstützung aus diesen Fonds verzichten zugunsten der kleineren Arbeitgeber. Sie hehen gegen den Reichsarbeitsminister, der in seinen Schiedssprüchen doch immer sehr zurückhaltend gewesen ist, und liefern zugleich den Beweis, daß sie bedeutend höhere Löhne bewilligen könnten.

### Das müssen sich die Arbeiter merken.

Wenn ihnen bei Lohnbewegungen vorgerechnet wird, daß die Betriebe auch nicht die kleinste Mehrbelastung an Steuern ertragen können. Macht diese Empfehlung der oben genannten Gruppe Schule, so muß notwendig eine weitere Schwärze in die Arbeitskämpfe getragen werden. Selbst manchen bürgerlichen Streifen ist das nicht angenehm. So schrieb die „Börsliche Zeitung“:

Man wird namentlich in der heutigen Zeit bei der Arbeiterschaft schwerlich Verständnis dafür finden, daß monatlich aus dem Ertrage der Betriebe bedeutende Sum-

Erfolge sein. In dieser Hinsicht ist es auf wirtschaftlichen Gebiet viel schlechter bestellt als im sozialpolitischen und gemeinschaftlichen Hinsicht. Während die gemeinschaftlichen Bundeszentralen der meisten Länder in sozialpolitischen Fragen schon auf die Regierungen einen gewissen oder sogar einen starken Einfluss ausüben, werden sie auf wirtschaftlichem Gebiet noch meistens übergangen oder nur gelegentlich herangezogen. Wenn demnach auf internationalen Gebiet eine Stärkung der Front im wirtschaftlichen Organ des Völkerverbundes eintreten soll, so muß zunächst auf nationalem Gebiet alles getan werden, um mehr Gewicht zu erhalten. Anfänge dazu sind bereits vorhanden, so z. B. im deutschen Reichswirtschaftsrat und im nationalen Wirtschaftsrat in Frankreich. Es ist nun Aufgabe der Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß in allen Ländern solche Wirtschaftsräte errichtet und diese Körperschaften dort, wo sie bereits vorhanden sind, aktiver werden. So bald dies geschehen ist, können diese nationalen Instanzen zu Exzellenzen der Instanzen des Völkerverbundes werden. Eine solche Stärkung ist nötig. Denn während z. B. das Arbeitsamt schon eine langjährige praktische Wirksamkeit hinter sich hat, muß die praktische wirtschaftliche Arbeit im Völkerverbund eigentlich erst noch ihren Anfang nehmen. Da der Völkerverbund in seiner jetzigen Zusammenfassung von reaktionären Elementen beherrscht wird als das I.A., kann die Größe der Aufgabe und die Weite des Weges ermessen werden, der zurückgelegt werden muß, bis die wirtschaftliche Arbeit im Völkerverbund, die an sich durch politische Momente äußerst gefördert und gehemmt wird, auch nur die bestehenden Früchte tragen kann, wie sie auf sozialpolitischem Gebiet das Arbeitsamt hervorbringt. Unterdessen wird es sich darum handeln müssen, Arbeiten in Angriff zu nehmen, bei denen einem Einvernehmen nicht so viel Hindernisse entgegenstehen und die den Boden für das spätere Werk bereiten können. In dieser Hinsicht wird, ohne daß man viel darüber hört, schon viel getan, so z. B. von der Subkommission für die Zusammenstellung der von der Wirtschaftsförderung beschlossenen methodischen Zusammenfassungen, die ihre Arbeit so angepaßt hat, daß die zu schaffende Dokumentation eine wirkliche Vereinfachung und Vereinheitlichung des Sollens aller Länder herbeizuführen verpricht. Wie die mustergetreuen Materialanmeldungen und die Koordination des Stoffes und der Probleme im Rahmen des internationalen Arbeitsamtes die Grundlagen für die internationale Aktion bereitet haben, so können ähnliche Arbeiten auf wirtschaftlichem Gebiet die wirtschaftlichen Probleme so weit systematisieren, daß, wenn die nationalen Instanzen die nötige Stoffkraft erreicht haben, die internationale Aktion auf breiter Basis begonnen und das beratende Komitee ein leistungsfähiges Organ werden kann.

### 13. Kongress des französischen Schuh- und Lederarbeiterverbandes.

Am 26., 27. und 28. September tagte in Paris unsere französische Bruderorganisation, mit der wir schon seit Jahren in Verbindung stehen. Aus diesem Grunde hatte auch unser Verband den Verbandsvorsitzenden delegiert, um die internationalen Verbindungen enger zu knüpfen. Von Deutschland waren außerdem noch erdienten der Kollege Det vom Schuhmacherverband und der Kollege Baas von den Lederarbeitern. Belgien wurde durch J. d. h. e. n. s. Brüssel vertreten.

Die französischen Gewerkschaften hatten unmittelbar nach dem Kriege einen starken Aufschwung genommen. Infolge der von außen einwirkenden Verflechtungsbeziehungen sind die Verbände stark zurückgegangen. Die Mitglieder von etwa einer Million Gewerkschaftler war auf 300 000 gefallen. Zurzeit ist die halbe Million wieder erreicht.

Diese Schwankungen übten auch auf unseren französischen Bruderverband einen starken Einfluss aus. Die Mitgliederzahl betrug 1920 über 80 000 und ist zurzeit auf 19 328 gefallen, davon 1189 weibliche. Besonders stark ist Paris von dem Rückgang betroffen, wo ein größerer Teil aus den kommunistischen Gewerkschaften übergetreten ist. Von dem Zentralkomitee der Sattler-, Portefeulier-, Gerber-, Hand- und Schuhmacher wurden zurzeit 3500 Personen dieser abgetrennten Organisation angehörend.

Es dürfte ohne jeden Zweifel sein, daß diese Zerissenheit der Arbeiterorganisationen sich auch in den Lohn- und Arbeitsbedingungen stark bemerkbar macht. Von unseren Berufskollegen werden 329 Mitglieder gezählt, davon 150 in Paris. Bei der Größe der Pariser Portefeulierfabrikation ist der Einfluss des Verbandes allerdings gering. Die Schuhmacherkolonne ist in Paris ganze 10 Mann stark. Der Schwerpunkt des Verbandes liegt also in der Provinz. Angehört sind 55 Orte mit 62 Verwaltungenstellen, die auf dem Kongress 98 Stimmen haben, welche durch 42 Delegierte vertreten wurden.

Das Verhältnis der Ortsverwaltungen zu der Zentrale ist ein ziemlich loses. Den Beitrag bestimmt die Ortsverwaltung selbst, und hier nach einmal eine Differenzierung nach den Branchen. Von diesen Beiträgen erhält die Zentrale pro Monat 1 Fr., jezt durch Kongressbeschluss 1 1/2 Fr. Maßrichtig werden auch die Unterstützungsätze örtlich geregelt und gibt die Zentrale nur kleine Zuschüsse. Für uns interessant ist die Gewährung einer Soldatenerziehung. Diese wird an Mitglieder gezahlt während der militärischen Dienstzeit, wenn die Mitglieder bis zum Eintritt sechs Monate dem Verbande angehört haben. Sie richtet sich nach den örtlichen Beiträgen und wird von der Zentrale ein vierstündlicher Zuschuß in Höhe von 5 Fr. gezahlt. Gemessen an der Kaufkraft des Franken, eine mäßige Summe.

Der Verbandsparlament trat auf dem Kongress für die obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein, die aber abgelehnt wurde. Nach dem jetzigen Stand kann eine Ortsgruppe beschließen, sich an der Arbeitslosenunterstützung zu beteiligen. Dafür hat sie einen weiteren Fronten pro Monat an die Zentrale abzuführen. Als Gegenleistung wird nach sechsmonatiger Mitgliedschaft innerhalb 13 Wochen 5 Fr. Unterstützung gezahlt, auf die Dauer von 18 Tagen. An Kränkenden kann die Zentrale über diesen Zuschuß verfügen. Aus den Berichten ist ferner

zu entnehmen, daß das Tarifwesen nur notdürftig geregelt ist. Ferien sind noch wenig eingeführt. Wir hoffen in Höhe noch etwas genauer berichten zu können auf Grund der Verbindung mit deutschsprechenden Genossen. Was uns auffiel, ist die Forderung von getrennten Kassen. So besteht je eine Kasse für die Verwaltung, Kongresse, Streiks und Maßregelungen. Im Laufe der Berichtsperiode wurde der Verband stark durch Streiks im Wolltextilgeschäft gezogen. Auch hat die Stabilisierung des Franken starke Auswirkungen in den Arbeits- und Lohnverhältnissen zur Folge gehabt, die jezt zum Teil etwas gehoben sind. Sehr eingehend wurde auf dem Kongress auch das Problem der Rationalisierung besprochen. Nach allem zu urteilen ist diese neue Methode kapitalistischer Wirtschaft in Frankreich noch nicht so weit vorgeschritten wie bei uns. Man erkennt aber auch in Frankreich, daß diesen Auswüchsen nur durch geschlossene Organisationen entgegengetreten werden kann. Hoffen wir, daß die tatsächlichen Bemühungen der französischen Gewerkschaftsführer von Erfolg begleitet sein mögen und daß man die Arbeiter überzeugen kann, daß die jetzige Zerstückelung Selbstmord ist.

### Werbung.

Komm! das sei ein Zauberwort an die vielen, die noch jagen, die nach der Erleichterung fragen und im Zwang sind fort und fort.

Komm! das sei ein Brudergruß durch Fabriken, Haus und Höfen, jeder, der mit dir gelitten, er begeißelt wie du das Muß.

Wenn dein Beispiel ihn bewingt, wenn dein Wort zu ihm die Brücke, dann verschleucht es Trug und Lüge, und es macht auch gleichschwingt.

Komm! verkürze unser Heer! Werden wir aus Feindeshoßen notgedrungen Streitzgenossen! Und ja kommen immer mehr.

Komm! das ist das Zauberwort! Auf die Freiheit warten viele, kommt ihr, kommt wir zum Ziel, find wir um so schneller dort.

Julius Forst.

### Eine Reichsstatistik über den wirklichen Arbeitsverdienst.

Die Tarifstatistik reicht längst nicht mehr aus, um die Lohngestaltung der Arbeiterschaft und damit die Kaufkraft für Konsumgüter im gleichen Maße in der Bewegung, im Anteil an den Produktionskosten, zu den Preisen (Reallohnberechnung) so zuverlässig zu beobachten, wie das z. B. mit der konjunkturrellen Bewegung in der Produktion, im Geld- und Kapitalwesen usw. heute schon durch statistisch-technisch gut entwickelte Methoden geschieht. Dabei ist vielfach nirgendwo die Möglichkeit zu einer einwandfreien regelmäßigen Beobachtung und einer eventuellen Regulierung so leicht gegeben, wie bei den Löhnen, die bei den Arbeitern als Einkommen, in der Betriebsstatistik als Lohnposten auftreten. Die moderne Betriebswirtschaft mit genauer Gewinn- und Verlustrechnung verlangt ja gerade genaue Beobachtung aller Produktionsfaktoren. So sind die vorausgabigen Löhne den Produzenten natürlich bekannt. Allerdings nur summennäßig lassen die Schlussummen der Lohnkosten das Einkommen der im Arbeitslohn lebenden Bevölkerung vor, ohne den einzelnen Arbeiter sozial oder wirtschaftlich zu berücksichtigen. Selten ist dieses Material der Offenheit zugänglich gemacht worden, in Amerika ist der Arbeitgeber darin offener. Das europäische, Konkurrenz und staatliche Eingriffe befühlende Unternehmertum lehnt jeden Einblick ab. Aber auch das Urmaterial ist in Händen des Unternehmers, das einer Untersuchung der sozialen Lage der Arbeiterschaft und der Ausweitung der sozialen und steuerlichen Gesetzgebung dienen könnte, nur liegt es unerarbeitet in den Lohnlisten und Abrechnungen. Kein betriebswirtschaftlicher Blick liegt für den Unternehmer vor, das Material zu bearbeiten. Hier kann man nur durch staatliche Gesetzgebung eingreifen, um ihn zur Herausgabe zu bewegen. Das soll jezt geschehen!

Seit Juli 1922 ist die reichsstatistische Erfassung der wirklichen Lohn- und Gehaltsverhältnisse in den Industrien durch Gesetz vorgesehen. Eine Verordnung vom 14. Juli 1922 regelt namentlich die als fortlaufende Erhebung gedachte Lohnstatistik. Die Durchführung und Aufarbeitung ist dem Statistischen Reichsamte übertragen. Die Arbeiterschaft ist aktiv durch ihre Organisationen bei der Auswahl der zu erfassenden Betriebe und Arbeiter- und Angestelltengruppen, durch die Betriebsräte bei der Auffstellung der Lohnlisten und bei der Bezeichnung ihrer Tätigkeit beteiligt. Außerdem ist durch Bestrafen zwangsweise die Durchführung gesichert und der Arbeitgeber zur genauen Berichterstattung gezwungen. Wichtig ist, daß zur Durchführung dieses Gesetzes der Betriebsrat ernannt ist, von dem durch das Betriebsratsgesetz ihm zustehenden Recht Gebrauch zu machen, in die Lohnbücher des Betriebes Einblick zu nehmen. Die Angestellten sollen durch eigene Unterschrift die Tätigkeit besonders ausführlicher Erhebungszettel bezeichnen, da den Betriebsräten kein gleiches Recht für die Einsicht in die Angestellten-Gehaltslisten zusteht.

1. Die Erhebungspapiere werden folgendes erfragen:
2. die Namen, Alter, Familienstand, Wohnort;
3. die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden unter besonderem Nachweis der mit einem Zuschlag bezahlten Überstunden;
4. den tatsächlich verdienten Bruttolohn oder das tatsächlich verdiente Bruttogehalt unter besonderem Nachweis der Zuschläge für Überstunden oder sonstiger Zulagen;
5. den Steuerabzug vom Lohne oder Gehalt;
6. die Beiträge des Arbeiters oder Angestellten und des Arbeitgebers zur Sozialversicherung (auschl. Unfallversicherung) und zur Gewerkschaftsversicherung;
7. die Sozialzuschläge (Frauen-, Kinder- und Hausstandsgeld).

Eine wirklich ausreichende Lohnstatistik ist damit ermöglicht. Viele Sondererhebungen und Einzelunternehmungen können von jezt ab erspart werden. Mithin können einzelner Lohnabrechnungen wird durch geschlossenes Erlassen ganzer Betriebs- und Berufsgruppen abgelöst.

Durch seine Bohnstütze ist der Arbeiter von vornherein im Besitz einer Statistik der Betriebslohliste. Mit Hilfe der organisierten Arbeiter haben die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren versucht, die wahre Lohngestaltung der Arbeiterschaft und das wirkliche Einkommen nach Abzug aller sozialen und steuerlichen Abzüge zu erfahren. Über 150 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen aus gesuchter Berufe in 84 Städten haben nach Aufforderung des Vorstandes des DGB, ihre Lohnabrechnungen im November 1923 eingereicht. Das reichhaltige, ausgedehnte Erhebungsergebnis ist veröffentlicht worden im Jahrbuch 1925 des DGB. Vor kurzem erschien weiterhin in der „Arbeit“ als Ergebnis der Lohnübersicht eine umfangreiche Veröffentlichung über die soziale und finanzielle Belastung der Arbeiterschaft. So wird die finanzielle amtlische Statistik in den DGB-Erhebungen wertvolle Ergänzungs- und Vergleichsmaterial vorfinden, aus dem Zeit, aus der ähnliche amtlische Erhebungen nicht vorliegen.

Konjunktur und Saison verändern die Lohnentwicklung dauernd. Diese Veränderung deckt sich nicht mit der Bewegung der Tariflohnlage, sondern geht darüber hinaus. Hierin wird auch die jezt beginnende amtlische Lohnstatistik ihre schwächste Stelle haben. Jede Industrie wird jezt nur einmal erfasst werden, die einzelnen Industrien im Laufe eines Jahres nacheinander. In Verbindung mit den anderen Konjunkturerhebungen und der Tariflohnstatistik werden aber Kombinationen über den Verlauf der Lohnentwicklung einzelner Berufe zwischen zwei Erhebungsperioden möglich sein und so einem gewissen Wandel helfen. Nicht zu unterschätzen ist auch die Möglichkeit der wertvollen Beobachtung der Auswirkungen unserer sozialpolitischen und steuerlichen Gesetzgebung.

Wir legen auf diesen neuesten Zweig der Reichsstatistik große Hoffnung.

### Bundesausschusslegung in Magdeburg.

Einer Einladung von Oberbürgermeister Weima jezt gehend, hatte der Bundesvorstand den Bundesausschuss seiner 9. Sitzung am 13. September nach Magdeburg zu berufen. Der Bundesvorstand wollte den Verbänden vertretenen Gelegenheiten geben, die Theaterausstellung zu besichtigen, die ein bedeutendes Kapitel deutscher Kulturgeschichte in hervorragender klarer Ordnung des gemalten Stoffes veranschaulicht. Der Verband Deutscher Bühnenspieler, der Deutsche Musikerverband und die Volkshausbewegung der Deutschen Bühnengedächtnisse haben bei der Ausstellung beteiligt. Die Volkshausbewegung der Bühnengedächtnisse hat eine Wandlung in der jezt Stellung der Schauspielers, in der Sicherung ihrer herbeigeführt, deren Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Sie dürfte auf einer solchen Ausstellung, die ja nicht nur die Geschichte des Theaters aufzuleisten vermag, sondern auch die Beziehungen zwischen dem Theater und den großen kulturellen Organisations der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und des Publikums vor Augen führen will, ebensomöglich lehren wie die andere Gewerkschaft, der Deutsche Musikerverband, der sich um Orchestermitglieder die gleichen Verdienste erworben hat. Der Verband der Deutschen Volkshausbewegung, der hunderte von Theaterbesuchern organisiert hat und die ermöglicht, für billiges Geld klassische und moderne Spiele und Opern kennenzulernen, und durch seine haltigen, künstlerischen Veranstaltungen auf anderen Gebieten, durch seine Konzerte, Darbietungen moderner Länge und Vortragende einer großen Zahl von Menschen Gelegenheit gibt, in einer ihnen sonst verbotenen Welt heimisch zu werden, ist seiner großen Leistung entsprechend, auf der Ausstellung in einem großen Raum vertreten. Die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften haben daher zu dem Unternehmen der Magdeburger Stadtverwaltung eine Fülle von Beziehungen.

Der Bundesausschuss tagte in der neuen Stadthalle, die von Stadtbaurat Godeher erbaut worden ist. Zweckgedante, der die moderne Architektur beherbergt, in diesem monumentalen Baumerk, das in erstaunlich kurzer Zeit errichtet worden ist, in einer künstlerisch technisch gleicher Weise klaren Form gestaltet worden. Die neue Bauweise hat bei den Gewerkschaften schon ein Verständnis gefunden. Sie haben jezt als Bauwerk den führenden Architekten Gelegenheiten gegeben, ihre Handwerkerhand zu zeigen. Das Bundeshaus, das Haus des Bundesarbeiterverbandes in Berlin, das Ausstellungsgelände an der Geste, sind bereits Zeugnisse, daß die Schöpfer der neuen Bauweise in den Gewerkschaften großartige Aufträge gefunden haben.

Vor Eröffnung der feierlichen Tagung begrüßte Oberbürgermeister Weima im Namen der Stadtverwaltung den Bundesausschuss mit herzlichen Worten. Im Namen des Ortsausschusses hieß Stadtrat Flügge die Verbändevertreter willkommen. Beipat dankte dem Oberbürgermeister und dem Sekretär des Ortsausschusses für

\*) Siehe Jahrbuch 1925: „Eine Statistik über den wirklichen Arbeitsverdienst.“ Seiten 194 bis 200.  
 \*) „Die Arbeit“, Heft 1, 2. Seite: Die soziale und finanzielle Belastung der Arbeiterschaft jezt 1924.



24 Proz. vermehrt. Die Zahl der Lehrlinge ist um 408 gestiegen, die Zahl der Gesellen aber gering zurück.  
 Erhöht der Meister in der Hauptphase für den unmittelbaren Bedarf arbeitet und mit seiner Arbeit für den Weltmarkt nicht in Betracht kommt, ist er natürlich auch in hohem Maße abhängig von der allgemeinen Wirtschaftslage. Die Betriebe sind sehr wenig stabil, sondern außerordentlich fluktuierend und wechselnd in der Zahl der Arbeiter, die beschäftigt werden können. Der Meister arbeitet bald hier bald dort, sozusagen im Umherziehen, was ja bei Tapezierern auch zum Teil der Fall ist, mindestens bei den Tapezierern, Dekorateur und Kundenarbeitern. Inwiefern ist die Feststellung, daß heute im Holzgewerbe nicht mehr Großbetriebe vorhanden sind als vor 20 oder 30 Jahren, relativ betrachtet sogar weniger.

Dieselbe Tatsache trifft ja auch im Tapezierergewerbe zu, nur noch in viel stärkerem Maße, denn vor 20 bis 30 Jahren gab es viel mehr größere Betriebe als heute. Wir haben kürzlich einen Geschäftsbericht einer Holzgewerkschaft eingesehen, danach hätte es doch den Anschein, daß diese sehr gut arbeitet. Doch scheint diese Form des Betriebs nicht sehr verbreitet zu sein.

Neuerdings wird die Erneuerung von Häuserfassaden vielfach das Spritzverfahren angewandt. Dieses wird aber nicht von Meistern, sondern von den Bürgern selbst benutzt. Die Meister selbst scheinen es nicht anzuwenden, darüber war Näheres nicht zu erfahren. Auch beim Tapezieren hat die vielfach konstruierte Maschine zum Beschneiden, Streichen und Ankleben der Tapeten nicht warm werden können. Große Umwälzungen sind dabei kaum zu erwarten. Im allgemeinen scheint jedoch im Holzgewerbe noch recht große Rückständigkeit zu bestehen. Man arbeitet mit den primitivsten, unwirtschaftlichsten Einrichtungen und Mitteln, besonders auch beim Materialtransport wird viel hochwertiges Arbeitskraft vergeudet. Die Zukunft des Holzgewerbes hängt mit davon ab, ob die 600 000 in Deutschland befindlichen Wohnungen bald hergestellt werden können. Nach Berechnungen Sachverständiger sei jedoch vor etwa 15 Jahren nicht daran zu denken, das eine merkbare Erleichterung auf dem Wohnungsmarkt eintritt.

Von dem Tempo, mit dem der Wohnungsbau erfolgt, hängt dem Ende nicht nur die Arbeitsverhältnisse des Meisterberufes ab, sondern auch die der meisten anderen Berufe.

Am Lederergewerbe ist die Frage des Gesundheitschutzes eine brennende. Alle Verhalte der Verwendung bleiblicher Farben haben nichts genügt. Neuerdings bringen die chemischen Fabriken Farben und Lacke, Holzschlacken und Nitrozellulosefärbung in den Handel, welche vielfach durch die Spritzpistole aufgetragen werden. Untersuchungen ergaben, daß dieses Material bis zu 30 Proz. giftig war. Ein weiterer Lebensbedarf sei auch das Eindringen ungelerner Arbeiter in den Beruf der Lackierer. Durch Rationalisierung wurde bereits das fünf- bis sechsfache früherer Leistungen erzielt, trotzdem werden die Lackierer den Mut nicht lassen lassen und die Verhältnisse zu meistern trachten.

**Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.**

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung finden auch in diesem Jahre statt. Der vorausgesetzliche Wahltermin ist der 13. November 1927. Gegenwärtig werden die Gesetze der Reichsstatistik für Angestelltenversicherung und somit auch der versicherten Angestellten außerordentlich stark bestimmt durch eine Mehrheit, die gebildet wird aus den Angehörigen der christlich-nationalen und freisinnlich-nationalen Angestelltenverbände. Diese Mehrheit kam im Jahre 1922 zu Stande.

Die im AFD-Bund zusammengeschlossenen freien Angestelltenverbände rufen sehr zur Wahl. Alle Kräfte müssen aufgebracht werden, um die jetzt bestimmende Mehrheit zu besiegeln. Es ist nämlich so, daß unter ihrem bestimmenden Einfluß sich in der Praxis der Reichsstatistik für Angestelltenversicherung Mißstände herausgebildet haben, die sich sehr zum Nachteil der versicherten Angestellten auswirken. So stehen z. B. die Leistungen der Reichsstatistik in einem trüben Verhältnisse zu den Versicherungsleistungen der Angestellten, und es ist die vornehmste Forderung des AFD-Bundes, hier einen Ausgleich zu schaffen. In allen Teilen der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände befinden sich auch Mitglieder, die der Angestelltenversicherung, insoweit ihrer beruflichen Tätigkeit angeht. Es würde die Pflicht dieser Angestellten sein, am Wahltag die Stimme den Wählern der Verbände des AFD-Bundes zu geben. Soweit wir unterrichtet sind, werden diesen Wählern:

- Der Zentralverband der Angestellten,
- der Bund der technischen Angestellten und Beamten,
- der Deutsche Wertmeister-Verband,
- und für die kleineren Organisationen und an Orten, in denen selbständige Listen der einzelnen Verbände nicht zu Stande kommen, werden gemeinsame Listen unter der Bezeichnung „Liste Ausbau“ eingereicht.

**Reichstarifamtsetzung der Leder- und Lederelementen-Industrie.**

Am 7. Oktober 1927 tagte in Berlin das Reichstarifamt, um, zu den fröhlichen Punkten Stellung zu nehmen resp. zu entscheiden. Vor der ordentlichen Tarifamtsetzung erfolgte eine Ausprache über den § 4 Absatz 3 des Reichstariftarifs, welcher bekanntlich die Ueberstundenzulage regelt. In dem genannten Paragraphen war der Zuschlag für die erste Ueberstunde an den fünf Wochenstunden außer Sonnabend mit 15 Proz. zum jeweiligen Stundenlohn vereinbart. Mit der neuen Fassung der Ueberstundenordnung vom 14. April dieses Jahres trat bekanntlich eine Änderung ein, die im § 3a des erwähnten Gesetzes ihren Niederschlag fand. Die bisherige Regelung wurde auf Grund des Gesetzes von uns getätigt und der Arbeitgeberverband der Lederriemen-Industrie hatte durch Schreiben zunächst die Begabung der Ueberstunden mit 25 Proz. ab der 2. Stunde provisoriell anerkannt. Die endgültige Regelung sollte durch die Verhandlung vom

7. Oktober festgelegt werden. Die Arbeitgeber waren aber nicht bereit, das Provisorium auch zugleich als endgültige Regelung anzuerkennen, sondern wollten durch Beeinträchtigung ihrem Vorschlag gemäß die 15 Proz. Abgeltung bestehen lassen. Inwiefern bestand keinerlei Neigung, den alten Zustand wieder einzuführen, wir hatten an dem 25 prozentigen Zuschlag festgehalten. Eine Einigung konnte deshalb nicht erzielt werden. Die letzte Entscheidung über den prozentualen Zuschlag für Ueberstunden liegt sehr beim Reichsarbeitsministerium. Der Antrag ist bereits eingereicht. Bis zu dieser Entscheidung gelten die 25 Proz., die als Provisorium an Stelle der bisherigen Regelung ab 1. Juli 1927 treten. Auf der Tagesordnung der nun folgenden Tarifamtsetzung standen zwei Fälle, die sich mit der Auslegung des Ferienparagraphen beschäftigten. Im ersten Fall handelte es sich um eine von uns eingeleitete Berufung, weil ein Kollege, der längere Zeit arbeitslos war, nachdem er wieder fünf Monate beschäftigt wurde, bei seiner Entlassung die ihm zuteilenden 7 Tage Ferien auf Grund seiner Berufszugehörigkeit verlangte, aber von der Kölner Bezirksarbeitskommission abgelehnt wurde. Im zweiten Falle lag eine Anfrage der Bezirksarbeitskommission Hamburg vor, die folgenden Wortlaut hatte:

„Da die Arbeitslosigkeit eines in der Lederriemen-Industrie beschäftigten Mannes als Unterbrechung im Sinne des § 5 Absatz 1 und 4 des Tarifvertrages anzusehen ist, wenn sie länger als ein halbes Jahr gedauert hat.“

In beiden Fällen handelte es sich also darum, ob eine längere Arbeitslosigkeit als Unterbrechung der Beschäftigungsdauer gilt. Da es sich nicht um Betriebsferien, sondern um Berufsferien handelte, konnte für uns kein anderer Standpunkt maßgebend sein als der, daß Arbeitslosigkeit gleich weicher Dauer überhaupt nicht als Unterbrechung ausgelegt werden darf. Im gleichen Sinne hatte das Berliner Arbeitsgericht in einem analogem Fall entschieden. Beachtlich ist ferner, daß im Juli/Juni 1926 infolge der schlechten Arbeitslage in der Lederriemenindustrie die vorhandenen Arbeiter nicht untergebracht werden konnten und deshalb die lange Arbeitslosigkeit nicht im Vergleich der betreffenden Kollegen lag.

Die Entscheidung über die Berufung des Kölner Bezirksarbeitskommissionsurteils wird ausgefallen. Es soll das Berufungsverfahren des Berliner Falles vor dem Landesarbeitsgericht abgemagert werden.

Da wir prinzipiell an dem Standpunkt festhielten, daß Arbeitslosigkeit nicht als Unterbrechung für den Anspruch auf Berufsferien gelten darf, konnte auch hinsichtlich der obenerwähnten Anfrage der Hamburger Bezirksarbeitskommission ebenfalls keine Einigung erzielt werden. Darauf entschied das Tarifamt wie folgt:

Voraussetzung für Gewährung der Ferien ist nach § 5 Abs. 1 des Tarifvertrages ununterbrochene Beschäftigung.

Als Ausnahme von dieser Voraussetzung ist im Absatz 4 angeführt:

- 1. Beschäftigung in einem anderen Beruf bis zur Dauer eines halben Jahres bei Arbeitsmangel.
- 2. Krankheit.

Nach dem klar ausgedrückten Wortlaut des Vertrages ist deshalb Arbeitslosigkeit über 1/2 Jahr hinaus als Unterbrechung anzusehen.

Eine weitere Anfrage betraf die Begabung der Prozenttage. Eine Firma, die die ersten 5 Wochentage 8% und Sonnabend 4% Stunden arbeiten läßt, wollte den Arbeitern, die 3 bis 5 Ferientage zu beanspruchen hatten, nur täglich 8 Stunden und Samstag 4 1/2 Stunden (weil nicht länger gearbeitet wird) bezahlen. Die Auslegung des Tarifamtes ging dahin, daß jeder Tag mit 8 Stunden bei Ferienbegabung mit dem jeweiligen Stundenverdienst abgegolten werden muß; gleichgültig, wie lange an den einzelnen Wochentagen gearbeitet wird.

Ferner wurde vom Vorsitzenden der Bez.-Schlicht.-Kommission, Dresden eine Anfrage bezüglich der Schlichtung gestellt und ob das Schlichtsgericht besetzt sei, eventuelle auftretende Differenzen zu löschten.

Folgende Auslegung wurde vom Tarifamt gegeben: „Das Schlichtsgericht nach § 4, Abs. 2 des Tarifvertrages ist zur Regelung der Schlichtung nicht zuständig. Schlichtungen sind zulässig und unterliegen dem Vereinbarungen in den einzelnen Betrieben (§ 4, Abs. 4). Kommt es zu keiner Vereinbarung, so bleibt nichts weiter übrig, als in Stundenlohn zu arbeiten.“

Sobald der Schlichtspruch vom Arbeitsministerium bezüglich des Ueberstundenzuschlages bekannt ist, erfolgt der Neudruck des Reichstariftarifs für die Lederriemenindustrie und die Zulassung an die interessierten Orts.

**Aus den Gewerkschaften.**

Verkleinerung der Verbände der Nahrungsmittelgewerbe. Brauer, Böttcher, Mühlenarbeiter, Bäcker, Konditoren (Denag) haben sich nunmehr endgültig vereinigt und in der Woche vom 9. bis 14. September in Leipzig den neuen Industrieverband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter errichtet. 1. Vorsitzender wurde Bader (Brauer), stellvertretende Vorsitzende Fribe (Bäcker), Träger der amtlichen Statistik 13 Gewerkschaftszentralen, 8 deutsche, 4 schwedische, 1 kommunistische. Letztere erst hat die Berufung und zählt 200 000 Mitglieder, von diesen sind 174 000 Tschechen, der Rest von 26 000 Deutsche.

Gewerkschaftliche Zerspaltung in der Tischschloßerei. In der Lederarbeiterzeitung Nr. 33 erstattet Heinrich Rohler Bericht vom Verbandstag der Beschäftigten, dem auch die Sattler-, Tapezierer und Portefeulien angehören. In der Tischschloßerei Republik gibt es nach der amtlichen Statistik 13 Gewerkschaftszentralen, 8 deutsche, 4 schwedische, 1 kommunistische. Letztere erst hat die Berufung und zählt 200 000 Mitglieder, von diesen sind 174 000 Tschechen, der Rest von 26 000 Deutsche.

Sprachgebiet sind 226 000 freigewerkschaftlich organisiert und 51 000 national-international. Von 3 950 000 Berufstätigen sind 1 669 536 gewerkschaftlich organisiert. Über 2 Millionen sind unorganisiert. Hier zeigt sich, wie sehr den Gewerkschaften in der Tschechoslowakei die Einigkeit fehlt; denn das Arbeitslosenzentrum 2 Millionen ist zu einem großen Teil auf diese Zerspaltung zurückzuführen.

Bemerkenswert sind nach dem Bericht die Ergebnisse, welche mit dem System der Arbeitslosenunterstützung seitens der Gewerkschaften gemacht wurden. Die Gewerkschaften zählten auch zugleich mit der Arbeitslosenunterstützung die staatliche Unterstützung aus. Unorganisierte erhalten keine Unterstützung. Man sollte nicht annehmen, daß infolge dessen die Unorganisierten durch die Organisation gedrängt worden seien. Das ist aber nicht der Fall gewesen, anscheinend haben die Unorganisierten die Unorganisierten vor den Organisierten bevorzugt. Man entließ leihweise und besteht die Unorganisierten in Arbeit.

Der Staat nahm den Kredit der Gewerkschaften in Anspruch, welche die staatliche Arbeitslosenunterstützung aus ihrer Tasche zahlen mußten, diese Beträge aber nach fünf bis sechs Monaten zurückerhielten, und zwar ohne Verzinsung.

Die Einführung einer Krankenkasse im Verband wurde abgelehnt. Während der Dauer des Unterstützungsbezugs müssen Beiträge gezahlt werden. Bei Streiks wird keine Kinderzulage gewährt, diesbezügliche Anträge werden abgelehnt.

**Bücherchau.**

Fünftes Jahrbuch des IGB. 1927, Teil II. Goeben im Umfang von 85 Seiten der zweite Teil des 5. Jahrbuches des IGB. für das Jahr 1927 erschienen. Der Bericht der dem IGB. angeschlossenen Landeszentralen und der Internationalen Berufssekretariate für die Jahre 1925 und 1926 enthält.

Während der erste Teil des Jahrbuches statistische Angaben umfaßt, werden im zweiten Teil die wichtigsten Tatsachen und Ereignisse aufgezeigt, die in der Gewerkschaftsbewegung der verschiedenen Länder während der letzten Jahre zu verzeichnen sind, ferner die Ursachen der im ersten Teil gemeldeten Schwankungen in den Mitgliederzahlen. Teil II bildet demnach eine unentbehrliche Ergänzung des 1. Teiles.

Bis in den übrigen Jahrbüchern, so werden auch in der Ausgabe für 1927 die wichtigsten Konflikte der Berichtsperiode aufgeführt, so in Teil II in ausführlicher Weise die für die internationale Bewegung so wichtigen Konflikte in Dänemark im Jahr 1925 und in England im Jahre 1926.

Der Preis beträgt 2 Mk. Bestellungen nimmt die Verlagsgesellschaft des IGB., Berlin S 14, Inselstraße 6a entgegen.

**Verbandsnachrichten.**

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 17. bis 23. Oktober ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

Wer seine Beiträge pünktlich entrichtet, erfüllt seine elementarsten Mitgliedspflichten. Ohne Beitragsrückstände besäße der Verband keine Kampfkraft. Deshalb führt die Kampfkraft durch pünktliche und richtige Beitragsleistung.

Beuthen O.-Schl. Am 25. August feierte der Kolonnen der Verwaltungsvollzieher Beuthen, unter Kollege, der Leiter Emil Ebert, sein 25jähriges Verbandsjubiläum. Die vorgeschobenen Posten in Oberschlesien hat Kolonne Ebert immer treu seine Pflicht gegen den Verband erfüllt.

Dresden. Freitag, den 21. Oktober, im festlich dekorierten Saal des „Krisallpalastes“ Schäferstraße. Groß-Oktoberfest, unter Mitwirkung hervorragender Künstler. Einlaß 18 Uhr.

**Veranstaltungskalender.**

Dresden, Dienstag, den 25. Oktober, 18 Uhr, im Volkshaus, Saal 1, große Werberversammlung. Die Gewerkschaften als Wirtschaftsfaktor. Referent: Genosse Krenn, Bezirkssekretär des IGB.

Ahn a. Rhein. Donnerstag, den 30. Oktober, abends 7 Uhr im Volkshaus, Versammlung für alle Branchen. Referent Kollege Heinrich Buch, Erfurt.

**Adressenveränderungen.**

Leubsdorf a. d. Warthe. Post. Wilhelm Wittmann, Schillerstraße 11.  
 Olegut. Post. Max Hilbig, Kriegerehrung Nr. 4.  
 Olfes. Post. Otto Schmidt, Donnarstraße 30.  
 Karlsruher-Bezirk. Alois Heimann, Kranzengasse 8, Straße 8.

**Sterbefälle.**

Hamburg. Am 8. Oktober 1927 starb unser Mitglied, der Sattler Albert Rust im Alter von 64 Jahren.  
 Leipzig. Am 4. Oktober verstarb unser treues Mitglied, der Sattler Otto Böhm im Alter von 70 Jahren.  
 Offenbach a. M. Am 6. Oktober starb unser Mitglied, der Portefeulien Karl Schlee im 33. Lebensjahr.  
 Ers ihrem Andenken!